

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr.
09.07.2010

Von der Leyen muss befristeten Verträgen einen Riegel vorschieben

Zum Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, wonach Neueinstellungen immer häufiger befristet erfolgen, erklären Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte, und Brigitte Pothmer, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik:

Nahezu die Hälfte aller neuen Jobs werden inzwischen nur noch befristet vergeben. Betroffen davon sind insbesondere junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für sie bedeutet Befristung ein hohes Maß an Unsicherheit über ihre berufliche Zukunft. Lebensplanung und Familiengründung werden dadurch erheblich erschwert.

Union und FDP haben im Koalitionsvertrag beschlossen, befristete Beschäftigung noch weiter zu erleichtern. Das schafft einseitig noch mehr Flexibilität für Unternehmer bei noch weniger Sicherheit für die Beschäftigten. Die Arbeitsministerin muss dafür sorgen, dass es ein ausgewogenes Verhältnis von Sicherheit und Flexibilität am Arbeitsmarkt gibt. Statt den Koalitionsvertrag umzusetzen, muss Frau von der Leyen den ausufernden Befristungen einen Riegel vorschieben und insbesondere die sachgrundlose Befristung abschaffen.